Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin

Band: 117 (1991)

Heft: 34

Rubrik: Bundeshuus-Wösch

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 28.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Cottis Abfuhr

Jubiläums-Bundespräsident Flavio Cotti geht sicher in die Geschichte ein. Allerdings kaum als Problemlöser. Seine neueste Idee, Pensionskassengelder zur Finanzierung von Wohneigentum einzusetzen, ist zwischen den Fronten zerrieben worden. Schulter an Schulter traten Gewerkschafter Beat Kappeler und die Zürcher Bank- und Versicherungs-Nationalrätin Vreny Spoerry (FDP) an einer öffentlichen Tagung dagegen an.

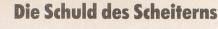


Wohin treibt der SGB?

Mit dem Gewerkschaftsbund geht's eindeutig bergab. Im Pressedienst vom 8. August steht in der einen Titelzeile, die «Mitbestimmung» sei «gegenwärtig kein Diskussionsthema», im Titel danach hingegen heisst's: «SUVA: Ein mitbestimmter Betrieb

Politiker gibt's, die können ein Versprechen nicht von einem Versprecher unterscheiden. G.

gedeiht.» Das ginge ja noch. Aber die Gewerkschaftsleute feiern auch im September noch Sommerferien, erscheint doch deren Pressedienst auch dann nur im Zweiwochen-Intervall. So wird sich ein neues Wahldebakel für Gewerkschafter kaum verhindern lassen.



Endlich haben die Euro-Initianten den Schuldigen entdeckt. Es ist der Stimmbürger. Peter Tschopp aus Genf, dem Vernehmen nach «ordentlicher» Professor an der Universität, gibt in der *Neuen Zürcher Zeitung* als Mitglied des Komitees eine Lageanalyse zum stockenden Verlauf der Unterschriftensammlung. Der harzige Verlauf der «Euro-Initiative» zeige, dass «der Schweizer den Ernst der Lage überhaupt nicht erkennt».

Gesetzesmaschine

Die Gesetzesmaschinerie arbeitet immer schneller. Eine Revision des Lebensmittelgesetzes befindet sich zurzeit im Stadium der parlamentarischen Beratung, und bereits hat Bundespräsident Flavio Cotti die nächste Revision eingeleitet. Ein Vernehmlassungsverfahren läuft schon. Das ginge alles noch, aber es betrifft dieselben Artikel!

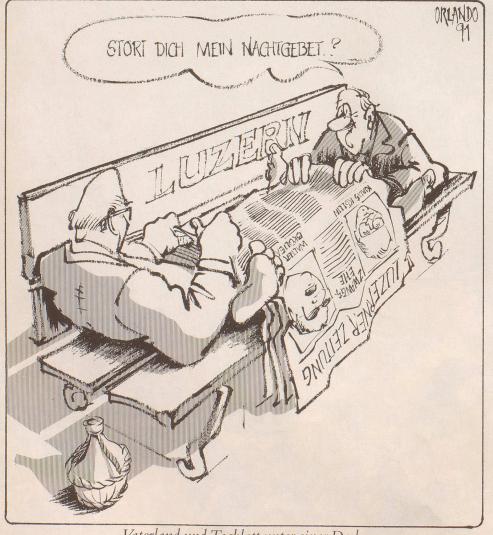
Ruf schier unbekannt

Der Berner Schweizer-Demokraten-Nationalrat Markus Ruf muss nach einem Tiefschlag um seine Wiederwahl bangen. Im Kanton Bern scheint Ruf nämlich nahezu unbekannt zu sein. Ruf reichte Beschwerde ein gegen die Absicht vieler Gemeinden, auf dem Versand von Ruf-Wahlmaterial saftige Gebühren zu erheben. Doch statt ihm Recht zu geben, schickte die Berner Kantonalkanzlei dem Berner Grossrat und Nationalrat einen Zettel mit der Aufforderung, erst einmal den Beweis dafür anzutreten, dass er im Kanton Bern überhaupt stimmberechtigt sei. Niemand auf der Kanzlei scheint offenbar zu wissen, dass Ruf gewählter Volksvertreter ist.

Der heimliche Ausländerfreund

Fritz Meier hat's wieder nicht geschafft. Der ehemalige Alterspräsident des Nationalrats muss wieder melden, es sei nicht gelungen, genügend Unterschriften für seine Ausländer-Initiative zusammenzutragen. Doch hat Meiers Stil Methode. Den ersten Anlauf nahm Meier ebenfalls ein Jahr vor den Wahlen, 1986, um im letzten Wahljahr 1987 das Scheitern melden zu müssen. Ist Meier eigentlich ein heimlicher Ausländerfreund?

Lisette Chlämmerli



Vaterland und Tagblatt unter einer Decke